

FÜR FREIHEIT UND MENSCHENWÜRDE

Manifest der Bundesheergewerkschaft zur Corona-Krise

Die Krise:

Seit dem März des Jahres 2020 wurde die Gesellschaft von einer Krankheit in Beschlag genommen, über die wahrscheinlich niemand so genau weiß, woher sie kommt und welche langfristigen Auswirkungen sie zeitigen wird. Aber ob sie von Fledermäusen übertragen oder im Labor gezüchtet wurde, spielt in unserer Betrachtung keine Rolle, denn wir nehmen zur Kenntnis, dass sie einfach da ist und uns beschäftigt. Und das nicht zu knapp. Schließlich sind mit dieser Krankheit Maßnahmen einhergegangen, die sich bislang niemand hatte vorstellen können – zumindest nicht die Menschen in den demokratisch legitimierten Gemeinwesen.

Es wurden von den verantwortlichen Politikern die Grundrechte massiv eingeschränkt und die Freiheiten jedes einzelnen Menschen beschnitten durch Maskenpflicht, Betretungsverbote und zwangsweise Schließungen von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, den sogenannten „Lockdowns“. Das ist bis zu einem gewissen Grad auch zu verstehen, da die Angst vor der Krankheit groß und die Erfahrung mit ihr gering waren. Die Staatsführung hat Maßnahmen vollzogen – möglicherweise die falschen –, aber die Menschen haben Verständnis gezeigt und das hingenommen.

Und jetzt kommen wir zum angesprochenen „gewissen Grad“. Die Maßnahmen waren offensichtlich von geringer Wirkung und daher versucht die Staatsführung „die Zügel fester anzuziehen“, also die Maßnahmen zu verschärfen, um dadurch die Krankheit zu besiegen. Aber sie setzt nun solche Maßnahmen, die nicht mehr zu verstehen sind: Sie wälzt ihre Fehler auf jene Menschen ab, die nicht allen empfohlenen Maßnahmen bedingungslos gefolgt sind, sie spaltet damit die Gesellschaft. Und die Staatsführung hält stur an diesen Maßnahmen fest, obwohl immer deutlicher wird, dass sie nicht zum Ziel führen werden. Durch diese überzogenen Maßnahmen wurde bereits so viel Übel angerichtet, in den Familien, in den Schulen und Bildungseinrichtungen, dass dies nicht mehr hinzunehmen ist.

Die Bundesheergewerkschaft stellt sich daher gegen diese Formen der Zwangsmaßnahmen und verurteilt die herbeigeführte Spaltung der Gesellschaft.

Die Prophylaxe:

Die erste Maßnahme gegen diese Krankheit war die Verordnung der Maskenpflicht. Wenn dies auch gegen diese Krankheit wenig gebracht hat, so konnte man doch ein de facto Ausbleiben der Grippe über einen längeren Zeitraum, etwa bis in den Sommer 2021 hinein, bis plötzlich der Bundeskanzler an einer Sommergrippe erkrankt war, erkennen. Also ein gewisser Erfolg der Maske.

Recht bald wurden dann auch Tests angeboten, um überprüfen zu können, wer denn überhaupt erkrankt ist. Dies ist grundsätzlich eine vernünftige Sache: Jeder testet. Ist der Mensch krank, bleibt er zu Hause und kuriert sich aus oder er lässt sich eben medizinisch behandeln.

Dann kam die tatsächliche Prophylaxe in Form der Impfung. Allerdings ist dies ein vollkommen neues Produkt, das sich von den bisherigen Impfstoffen fundamental unterscheidet durch seine Wirkungsweise. Niemand konnte daher die Wirksamkeit voraussagen; niemand wusste viel über Nebenwirkungen und niemand kann derzeit über die Langzeitfolgen Auskunft geben. Aus diesen Gründen haben auch die Pharma-Konzerne als Hersteller jegliche Haftungen hinsichtlich Wirkungsweise, Nebenwirkungen und Langzeitfolgen abgelehnt.

Dennoch verkündeten die Politiker wider besseres Wissen eine „Vollimmunisierung“ gegen die Krankheit nach zwei Impfungen. Dies bedeutet, dass man gegen diese Krankheit vollkommen geschützt – eben immun – ist. Dies hat sich jedoch als falsch herausgestellt. Die Menschen können trotz dieser Impfung die Krankheit bekommen und sie auch weitergeben; das weiß man mittlerweile sehr genau. Daher ruft die Staatsführung dazu auf, sich ein drittes Mal impfen zu lassen. Und dies früher als zunächst angenommen, denn auch wenn zunächst Antikörper gegen die Krankheit gebildet werden, bauen sich diese sehr rasch wieder ab. Sogar eine vierte Impfung steht zur Diskussion. Dabei wäre es doch weit vernünftiger, zunächst vor der Impfung einen Antikörpertest durchzuführen, um zu sehen, ob eine Impfung überhaupt notwendig ist. Aber das wäre dann wieder gegen die Umsatzzahlen, die Pharma-Konzerne und Aktionäre dabei verdienen.

Die Staatsführung hat sich bei der Bekämpfung dieser Krankheit ausschließlich auf die Wirkung der neuen Impfstoffe verlassen. Sie hat alle gesundheitlichen Bedenken der Experten gegen diesen neuen Impfstoff nicht gelten lassen, sondern mit massiver Propaganda die Impfung als das einzige Allheilmittel dargestellt. Sie hat zudem alle jene Menschen, die eine gesunde Skepsis gegen dieses neuartige Medikament entwickelt haben als unsolidarisch und als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Die Staatsführung hat die Bevölkerung zusätzlich durch Aussagen verängstigt, die Horrorszenarien beschrieben haben, wie etwa: „Bald wird jeder jemanden gekannt haben, der an dieser Krankheit verstorben ist“ etc.

Und die Staatsführung hat eine unsinnige Regelung zur Eindämmung der Krankheit eingeführt, die sogenannte „G-Regel“. Dabei ist es allen Personen, die von der Krankheit genesen oder „vollimmunisiert“ sind, erlaubt, sich frei im öffentlichen Raum zu bewegen. Allen anderen Menschen ist dies nur unter Auflage einer negativen Testung gestattet. Dies bedeutet allerdings, dass wir nur von diesen getesteten Menschen mit ziemlicher Sicherheit wissen, dass sie keine Krankheitsüberträger sind. Da aber die Mehrzahl der Menschen als „vollimmunisiert“ gilt, diese aber genauso Krankheitsüberträger sein können, wissen wir dies daher von der Mehrheit der Gesellschaft nicht. Die Krankheit wird sich demzufolge trotz dieser Maßnahme stark weiterverbreiten. Diese Regel ist daher weitgehend wirkungslos und entbehrt jeder Logik.

Die Bundesheergewerkschaft verlangt eine sofortige Aufhebung „2; 2,5; 3 usw. G-Regel“.

Die Verweigerer:

Nun gibt es eben eine ganze Reihe von Menschen – etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung – die sich skeptisch zeigen, gegenüber dem von der Staatsführung ausgerufenen Allheilmittel Impfung. Die Gründe dafür sind vielfältig und die Sache eines jeden Einzelnen. Die zunehmende Zahl an geimpften Menschen mit Nebenwirkungen und die steigende Zahl der Spitalsbehandlungen bei geimpften Menschen trägt aber nicht dazu bei, das Vertrauen in die Impfung zu erhöhen. Zudem haben viele die Propaganda satt, die seitens der Staatsführung nahezu überall auf die Menschen herabregnet, denn für so manchen stellen sich die Heilsversprechungen als falsch heraus. Auch immer mehr Menschen, die bereits geimpft wurden, sind mittlerweile durch eigene negative Erfahrungen mit Nebenwirkungen oder durch den Umstand, dass die versprochene Wirkung der Impfung ausgeblieben ist, in Zweifel geraten und wollen keine weitere Impfung mehr riskieren. Damit aber werden sie in weiterer Folge gleichsam als nicht geimpft klassifiziert.

Alle diese Menschen gelten der Staatsführung als Impfverweigerer und werden als Menschen „zweiter Klasse“ stigmatisiert. Sie werden aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen; ihnen werden Restriktionen auferlegt, die an dunkle Zeiten erinnern. Um diese Leute zur Impfung zu bekommen, spart die Staatsführung nicht mit Drohungen. So werde es für diese „Ungeimpften“ kein gemütliches Weihnachtsfest geben. Diese „Ungeimpften“ wären daran schuld, wenn die Krankheit noch länger andauere. Wieder eine Aussage, die sich jeder Logik verschließt, denn wie können gesund-getestete Menschen für die Dauer einer Krankheit verantwortlich gemacht werden.

Vermutlich braucht die Staatsführung jetzt Sündenböcke, um nicht über ihre eigenen schweren Fehler zu stolpern. Mit dieser Vorgehensweise ist jedoch die Menschenwürde eines jeden einzelnen in Gefahr. Wenn es nämlich der herrschenden Schicht einmal gelingt, Menschen als Bürger zweiter Klasse zu behandeln, dann ist jeder weitere Anlass egal; sie werden immer einen Sündenbock für ihre Fehler finden. Die Konvention der Menschenrechte und das Staatsgrundgesetz sprechen hier eine klare Sprache; die Staatsführung wird dies zur Kenntnis nehmen müssen.

Die Bundesheergewerkschaft stellt sich vehement gegen diese von der Staatsführung etablierte Zweiklassengesellschaft und fordert die unverzügliche Aufhebung dieser entwürdigenden Behandlung.

Die Zwangsimpfung:

Trotz aller Beteuerungen der Staatsführung, soll nun dennoch die Zwangsimpfung zur Bekämpfung dieser Krankheit eingeführt werden. Die Bevölkerung wurde also die letzten zwei Jahre durch die Staatsführung glatt angelogen. Außerdem entbehrt diese Maßnahme ebenso jeglicher Logik, denn die Krankheit konnte mit einer Durchimpfungsrate von fast 100% in manchen Regionen der Welt nicht eingedämmt werden, sondern es ist eher das Gegenteil der Fall. Wozu soll also eine Zwangsimpfung gut sein? Sie füllt lediglich die Taschen der Pharma-Konzerne und möglicherweise so mancher Aktionäre.

Für das Volk aber bedeutet eine Zwangsimpfung einen massiven Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte, einen Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Zudem ist dieser Eingriff rechtlich äußerst bedenklich, denn mit den zwischenzeitlich erzeugten Medikamenten stehen Alternativen zur Verfügung. Damit verbieten sich solche Zwangsmaßnahmen auch aus menschenrechtlicher Sicht.

Die Sturheit der Staatsführung und der damit verbundene Impffanatismus erzeugen bei vielen Menschen

Sorgen um ihre Existenz, um ihr leibliches Wohl, um das Wohl ihrer Kinder. Es wurde daher durch die Staatsführung noch einmal an der Verängstigungsspirale gedreht. Anstatt das Volk zum gemeinsamen Kampf gegen die Krankheit mit einem breiten und vernünftigen Maßnahmenpektrum zu einen, spaltet und verängstigt die Staatsführung das Volk noch weiter. Um die Gesundheit des Volkes geht es hier schon längst nicht mehr, sondern um die unbedingte Durchsetzung von Macht.

Scheibchenweise wurden die letzten beiden Jahre die Grund- und Freiheitsrechte immer mehr eingeschränkt, mit viel Gaukelei, Propaganda und Drohungen. Den ersten Höhepunkt wird die Zwangsimpfung bilden. Ist diese erreicht, dann kommen Zwangsmaßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele wie Reisebeschränkungen oder die zwangsweise Einführung der Elektroautos, die aber dann nur begrenzte Zeit fahren dürfen, da der Strom nicht unbegrenzt fließen kann. Weitere Zwangsmaßnahmen im Gesundheitsbereich, wie Alkoholbeschränkungen, Essvorschriften, Gewichtskontrollen usw. sind dann leicht einführbar. Die Meinungsfreiheit kann dann leicht eingeschränkt werden durch gleichgeschaltete Medien, Redeverbote und dergleichen. Es gibt bereits Länder, die solche Maßnahmen praktizieren. In unseren demokratischen Gesellschaften dürfen solche Zwangsmaßnahmen keinen Platz finden. Ist mit der Zwangsimpfung einmal ein Damm gebrochen, dann ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis die nächste Zwangsmaßnahme kommt. Dieser Tendenz in Richtung eines totalitären Systems gilt es daher jetzt entgegenzutreten.

Die Bundesheergewerkschaft lehnt die Zwangsimpfung als massiven Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte entschieden ab und fordert ein Einlenken der Staatsführung, zurück auf den Weg der demokratischen Freiheiten.



**Freie Gewerkschaft Österreich / FGÖ
Bundesheergewerkschaft / BHG**

Wir, die einzige Alternative!

#fgöbhg | #bundesheergewerkschaft | www.bundesheergewerkschaft.at

